

Verfahrensantrag

Gemeinsam Handeln gegen Rassismus, Extremismus und Menschenfeindlichkeit

Die CDU-FDP-Ballmann-Gruppe, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion stellen folgenden gemeinsamen Verfahrensantrag zur Vorlage WP 11-16/102:

1. Der Rat sieht gegenwärtig davon ab, über eine Erklärung für Demokratie und Toleranz, gegen Rassismus und Gewalt zu beschließen.
2. Der Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales wird gebeten, sich in einer der nächsten Sitzungen gemeinsam mit den verschiedenen Institutionen und gesellschaftlichen Akteuren der Stadt mit dem Thema "Gemeinsames Handeln gegen Rassismus, Extremismus und Menschenfeindlichkeit" zu befassen. Hierbei sollen präventive Handlungsstrategien für die Stadt Bramsche weiterentwickelt und konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt werden.

Begründung:

Die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene bestehen, um wirksam und nachhaltig gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Intoleranz und Gewalt vorzugehen, ist vielschichtig und bedarf einer sorgfältigen und gründlichen Aufarbeitung. Eine Resolution ersetzt keine nachhaltige Strategie. Daher soll zunächst eine Diskussion im Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales und unter Einbeziehung des Präventionsrates darüber geführt werden, wie wir gemeinsam in unserer Stadt mit dieser Thematik umgehen können und wollen.